

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa.
Jahrgang Nr. 22.

Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa.
Jahrgang Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 133.

Freitag, 13. Juni 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Besondere, gegen Veranlassung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkassier erteiltlich 1,20 Mark, monatlich 1,40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Umlagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 zum letzten Grundbesitz-Jahre (7 Seiten) 25 Pf. Ortspreis 30 Pf.; zeitweiliger und tabellarischer Satz 50%, Kuchling, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in 30 Tagen gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Übergewichtige Unterhaltungsbeilagen, Gedächtnis an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Wahlrechtskarte Klasse B betreffend.

Da die uns übersandten Wahlrechtskarten der Klasse B bei der heutigen Ausgabe nicht ausreichen, können diejenigen Personen, denen die Wahlrechtskarte der Klasse B gestern nicht mit ausgeben werden konnte, die betreffenden Karten am

Sonnabend, den 14. Juni 1919,
vormittags 10-12 Uhr

in den am 11. Juni 1919 bekanntgegebenen Ausgabestellen unter Vorlegung der Protokollkarte abholen.

Die Wahlrechtskarte ist sofort beim Richter zur Anmeldung vorzulegen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 13. Juni 1919.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain

Rebenkelle Riesa, Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17. Tel. 40.
Kostenlose Stellenvermittlung für alle Berufe.

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.
Einlagebücher gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich.
Vermietung von Panzerstrahl-Schließzählern.
Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).
Gemeindeverbands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisungen.
Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.
Raffensstunden: Jeden Freitag von 8-1 Uhr vormittags.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa den 13. Juni 1919.

Kein Wohnungsgeldzuschuß für Volksschullehrer. Das Kultusministerium hat einem Stadtratsauftrag folgendes erwidert: Eine rechtliche Verpflichtung der Schulgemeinde, ihren Volksschullehrern einen 50%igen Zuschlag zum Wohnungsgeld zu gewähren, besteht schon deshalb nicht, weil Volksschullehrer nach § 21 Abs. 2 des Volksschulgesetzes keinen Wohnungsgeldzuschuß, sondern freie Wohnung oder eine entsprechende Wohnungsentschädigung zu beanspruchen haben. Die den dortigen Lehrern gewährten Wohnungsgeldzuschüsse würden nur dann entsprechend zu erhöhen sein, wenn sie zur Beschaffung einer dachstuhlartigen Wohnung in... nicht mehr ausreichend sein sollten (§ 41 Abs. 4 der V.S.O. vom 23. 8. 1874). Hinsichtlich der Realschullehrer ist die Verpflichtung der Stadtgemeinde zur Gewährung des 50%igen Zuschlags zum Wohnungsgeldzuschuß nach Punkt 13 der Generalverordnung vom 7. Mai 1914 begründet.

Koch keine Entscheidung über die künftige Bewirtschaftung des Hofes. Die von W.D. gebrachte Klage über Aufhebung der Zwangsverwaltung des Hofes bestätigt sich, wie wir vom Reichsernährungsministerium erfahren, nicht. Die Beratungen über die neue Viehhaltungsgesetzgebung sind noch keineswegs abgeschlossen. Die Aufhebung der Bewirtschaftung der Hofe ist abhängig vom Ausfall der landwirtsch. Protokollkommission und der Möglichkeit ihrer Ergänzung durch Zukünftigen aus dem Auslande. Sie kann darum vorläufig noch nicht erledigt werden.

Vorarbeiten über das Uebergangsschulgesetz. Von ausübender Seite im Kultusministerium wird mitgeteilt, daß die Vorarbeiten über das Uebergangsschulgesetz soweit gefordert sind, daß im Laufe nächster Woche, voraussichtlich am Mittwoch, eine Besprechung im Ministerialgebäude über den Entwurf mit Vertretern der beteiligten Kreise und Sachverständigen stattfinden wird. In dieser Besprechung sind bereits an die interessierten Kreise Einladungen ergangen.

Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Wie die Dresdner Abendblätter melden, ist der frühere Reichstagsabgeordnete Max Schöppel zum Leiter der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft berufen worden. Er dürfte sein Amt am 1. Juli antreten.

Regen. Die vergangene Nacht brachte wieder etwas Regen, der wohl eine geringe Anfeuchtung, aber bei weitem nicht die so notwendige ergebige Durchfeuchtung des ausgetrockneten Bodens bewirkte. Weiter entfernt müssen stärkere Gewitter aufgetreten sein, worauf lebhaftes Blitzen um Mitternacht am südlichen Himmel schloß. Die Hoffnung auf weiteren Niederschlag, die der bewölkte Himmel am Morgen aufkommen ließ, erfüllte sich nicht. Mittags triumphierte wieder die Sonne und das Quecksilber war wieder bis zu 20 Grad Reaumur (im Schatten) emporgeklettert.

Basarett Zeitheim. Am Mittwoch unternahm die Besatzung der chirurgischen Abteilung zu Wagen einen Ausflug nach den berühmten Berners Weinbergen in Lichtentze. Durch die gütige Hilfsbereitschaft vieler dortiger Einwohner war der Festzug in den Stand gesetzt, die Weinberge reichlich mit Speise und Trank zu bewirten. Ehe es zur Rückfahrt kam, dankte in einer Ansprache der Herr Stabsarzt Dr. Wehger den edlen Gebern der Gemeinde Lichtentze und forderte die Anwesenden zu einem der Gemeinde geltenden Hoch auf. Mit Sang und Klang ging es dann, denn die Gäste hatten ein Musikorchester mitgebracht, zum Basarett zurück unter fröhlichen Klängen: Lichtentze vergessen wir nicht!

Ziefenan. Sektoren nachmittag haben im hiesigen Gasthof drei Militärpersonen die Gastwirtschaftsleiterin überfallen. Sie steckten ihr einen Knobel in den Mund, um sie am Schreien zu verhindern, und versuchten von ihr durch Vorhalten eines geladenen Revolvers Geld und Lebensmittel zu erpressen. Durch Eintreten eines hiesigen Einwohners wurden sie in ihrem Vorhaben gestört und ergreifen die Flucht. Eine der drei Personen trug harte, schwarze Mützen. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Gendarmerie-Station Gröba oder der Polizei in Riesa mitteilen.

Dresden. In der Nacht zum Donnerstag gegen 1/2 Uhr sind von der Polizei drei Einbrecher, die in das auf der Reichstraße befindliche Geschäft der Händlerin von Paul Wärsch eingedrungen waren, überrascht worden. Zwei der Einbrecher konnten festgenommen werden, der dritte, der sich seiner Festnahme widersetzt, indem er auf den einen Polizeibeamten einbrach und dann die Flucht ergriff, wurde hierbei durch einen Schuß des Beamten verletzt. Er erlitt zunächst noch bis nach der Markstraße,

wo er schließlich zusammenbrach. Er wurde nach der Verbandsstation und sodann nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht. Der gemeinschaftlichen Einbrecherbande, die schon längst von der Polizei gesucht wird, wird vermutlich eine größere Anzahl schwerer Einbrüche nachgewiesen werden können.

Wien. Bei Mägeln wurden in der Obste mehrere Gewehre, Modell 98, gefunden und auf der Volkswache abgeliefert. In den Gewehren waren die Kolben glatt abgefeilt. Bei einer in Mägeln vorgenommenen Durchsuchung wurden verschiedene Militärrequisiten beschlagnahmt.

X Jizkava. Den kaiserlichen Hofkellern ist bezüglich ihres Kleinwohnungsbauprojektes im Stadtteil Marienfeld eine große Enttäuschung widerfahren, indem das Landeswohnungsamt ihnen mitteilte, daß der beantragte Reichs- und Staatszuschuß zu den Mehrkosten des Baues statt für die geplanten 12 Kleinwohnungsgehäuse mit 78 Wohnungen nur für eine Gruppe von drei Wohnhäusern gewährt werden könne, sobald die Durchführung des großartigen Gesamtplanes aus Mangel an Mitteln nicht möglich sein wird. Der Rat will gleichwohl noch einmal bei der Staatsregierung wegen Erlangung des Zuschusses für die Gesamtplanung vorstellig werden.

Planitz. Der Sozialdemokrat vom 24. Februar und die damit zusammenhängenden schweren Ausschreitungen werden ihre gerichtliche Sühne finden. Gegen die Teilnehmer an jenen Gewalttaten ist das Strafverfahren eingeleitet, und eine größere Anzahl von ihnen befindet sich bereits in Untersuchungshaft. Der Prozeß wird voraussichtlich das nächste Schwurgericht beschäftigen. — Eine ernste Warnung für Unterführungsbezieher enthält ein Urteil des hiesigen Schöffengerichts. Dort wurde dieser Tage die Kriegervaterin B. verurteilt, daß sie durch Verschweigen von Verdienst eine erhebliche Summe Kriegsunterstützung ohne rechtlichen Grund abgehoben hatte, wegen Betrugs zu 300 Mark Geldstrafe, im Unermögensfalle zu 20 Tagen Gefängnis, verurteilt.

Leipzig. Geb. Doktorin Andrea in Braunsdorf wurde von der pfllos. Fakultät in Leipzig zum Dr. phil. h. c. ernannt.

Leipzig. Eine große Zahl der angesehensten wirtschaftlichen Vereinigungen des Handels, der Industrie und des Gewerbes, an deren Spitze sich die Handelskammer und die Gewerkschaften Leipzig gestellt hatten, hatten gestern nachmittags 1/3 Uhr drei große Versammlungen veranstaltet, die für die Freiheit des deutschen Wirtschaftslebens eintraten. Alle drei Versammlungen waren stark besucht. Allen Versammlungen lag eine Entschließung zu Grunde, die überall Annahme fand und folgenden Wortlaut hatte: Wir fordern freie Entfaltung aller Kräfte der deutschen Wirtschaft. Das bedeutet: Die Freiheit des In- und Außenhandels, die Abkehr von allen Versuchen, die Wirtschaftsfreiheit einzuschränken, den sofortigen Abbau der Kriegsgeldleistungen und die Befreiung der Inanspruchnahme, in deren Belange der Schleichhandel wuchert. Die vom Reichsminister Wiffell in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verhandelte sogenannte gesunde Volkswirtschaft ist nicht zuletzt im Interesse aller Verbraucher, entscheidend zu verwerfen, ganz abgesehen von den rechtswidrigen Mitteln, mit denen sie durchgeführt wird. Sie führt unter dem Vorwand der Sozialisierung tatsächlich einen übertriebenen, selbst früher nicht gekannten Kapitalismus herbei, der für die gesamte Bevölkerung die zum Leben unentbehrlichen Waren erheblich verteuert und deren Bezug unendlich erschwert. Sie lähmt Erfindergeist, Unternehmungslust und Arbeitsfreudigkeit, die als die wertvollen und schöpferischen Kräfte den Wiederaufbau unserer Wirtschaft allein gewährleisten. Die Erhaltung und der weitere Ausbau unserer Sozialpolitik sind mit der Weeberstärkung unserer Wirtschaftslebens untrennbar verbunden. — Die Unabhängigen hatten Gegenandragungen veranlaßt, die unter der Devise: „Für den Sozialismus“ standen. Die Versammlungen stimmten einer Entschließung zu, in der sie ihren unerschütterlichen Willen zum Sozialismus bekundeten und gegen den Scheinsozialismus der Regierung protestierten. Durch die militärische Gegenrevolution seien die wirtschaftlichen Errungenschaften der November-Revolution wieder verloren gegangen. Der schamlosen Blutherrschaft Klotzes stellt das Proletariat keine revolutionäre Geschlossenheit gegenüber. Die Kugenburg, Liebmedt und tausend andere Revolutionskämpfer seien hingerichtet worden, ihr Geist aber werde fortleben und zum Siege führen. Die Versammlungen gelobten alle Mittel anzuwenden, um die Klassenherrschaft ermöglicht zu stürzen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den Freiwilligen-Truppen. Wie die „V. B.“ am Mittwoch erfährt, haben die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den Freiwilligen-Truppen einen weit größeren Umfang gehabt, als aus den Mitteilungen Klotzes auf dem sozialdemokratischen Parteitag hervorging. Sie haben sich auf die gesamte Reichswehr erstreckt und bereits vor mehreren Wochen eingeleitet. Die Beauftragten der Unabhängigen erklärten einem Führer der Truppen, daß das Kabinett Scheidemann sich nicht mehr lange werde halten können und daß die Unabhängigen dann die Regierung übernehmen würden. Eine Regierung der Unabhängigen aber müßte sich genau wie jede andere auf eine militärische Macht stützen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Organisation und Rechte der Freiwilligen-Truppen würden unangetastet bleiben. Die von den Unabhängigen ins Vertrauen gezogenen Militärs verlangten, daß die ihnen in Aussicht gestellten Zusicherungen schriftlich gegeben würden, was die Unabhängigen aber ablehnten. Die Führer der Freiwilligen-Truppen haben die Verhandlungen mit Wissen und Billigung des ganzen Kabinetts weitergeführt, um über die Pläne der Unabhängigen und den gewalttätigen Sturz der Regierung, der für die allerersten Tage in Aussicht genommen worden war, genaueres zu erfahren. — Zu den Verhandlungen erfährt der „Berl. Lokalanzeiger“, daß die letzte Besprechung am Sonnabend im Oberhof stattgefunden habe und u. a. mit General v. Döen und Hauptmann Paß geführt worden sei.

Das Reichsrahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Wie die „V. B.“ mitteilt, befindet sich in ihren Händen der im Reichsministerium des Innern fertiggestellte und gegenwärtig sämtlichen Organisationen zur Begutachtung vorgelegte Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Das Gesetz, das 12 Paragraphen umfaßt, ermächtigt die Gemeinden, aus Gründen des öffentlichen Wohles bei Vorlage eines dringlichen Bedürfnisses Unternehmungen, die vorwiegend öffentlichen Zwecken dienen, aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft überzuführen. Diese Überführung ist abhängig von der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder den von ihr bestimmten Stellen. Der Zustimmung der Landeszentralbehörde bedarf es jedoch nicht zur Überführung folgender Wirtschaftszweige: 1. Straßenbahnen, 2. Anlagen für Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, 3. das Anschlagswesen, 4. das Bestattungswesen, 5. das Abfuhrwesen, 6. der Theater, Lichtspiel- und Schaustellungen. Für die Übernahme hat die Gemeinde Entschädigungen zu leisten. Die Entschädigung besteht in einer Vergütung, die nach dem Sachwert des übernommenen Gegenstandes unter Billiger Berücksichtigung des Ertragswertes des Unternehmens und einer etwaigen Abfindung für die Tätigkeit des Unternehmers sowie unter Berücksichtigung der übernommenen Verbindlichkeiten zu bemessen ist. Der Sachwert besteht bei Grund und Boden sowie bei Borräten in dem gemeinsamen Wert, bei Anlagen und sonstigen Sachen in der Summe, die notwendig sein würde, um sie neu herzustellen oder anzuschaffen abzüglich eines billigen Betrages für Abnutzung. Darübergehende Wertsteigerungen, die auf außerordentliche Verhältnisse zurückzuführen sind, dürfen bei der Berechnung des Wertes nicht berücksichtigt werden.

Diebstahl von amerikanischen Lebensmitteln. Aus Hamburg wird gemeldet: Das Ueberhandnehmen der Diebstähle von amerikanischen Lebensmitteln gab Veranlassung, Mittwoch abend die nach den St. Pauli-Landungsbrücken zurückkehrenden Hafenarbeiter durch verstärkte Sicherheitsmannschaften und Militär durchsucht zu lassen. Hierbei wurden große Mengen Lebensmittel, Speck, Mais, Bohnen, Mehl usw. beschlagnahmt, an Speck allein 800 Kilo. Es wurden etwa 130 Verhaftungen vorgenommen.

Unterstützung der Loslösungsbestrebungen durch deutsche Kapitalisten. Der Berliner Vertreter des „Daily Herald“ hatte eine Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dierck, der sagte, die Politik der preussischen Regierung gehe dahin, alle Ausnahmemaßnahmen gegen die Polen aufzuheben. Ueber die sogenannte rheinische Republik sagte der Ministerpräsident, er habe Beweise dafür, daß von gewissen deutschen Kapitalisten zehn Millionen Mark für die Propaganda zugunsten eines französischen Protektorats gegeben worden seien, die von der französischen Militärbehörde amtlich unterkräftet werde. Gewisse Leute in Deutschland wünschten, der schweren Besteuerung zu entgehen, die die deutsche sozialistische Republik allen Kapitalisten auferlegen werde, und wollten ihren Besitz vor der Nationalisierung schützen. Diese Menschen seien treue Anhänger des alten Sachwortes, daß der Kapitalismus kein Vaterland kenne.